

KLIMA-ANLEIHE ZUR FINANZIERUNG NOTWENDIGER KLIMASCHÜTZENDER MASSNAHMEN IM LAND BREMEN

Ein Positionspapier der CDU-Bürgerschaftsfraktion

Der Klimawandel stellt auch im Land Bremen das Gemeinwesen vor besondere Herausforderungen. 6-7 Mrd. Euro an Investitionen werden mittelfristig notwendig sein, um die erforderlichen Maßnahmen zu finanzieren – so hat es die Klima-Enquetekommission errechnet. Diese Summe stellt eine gewaltige Aufgabe für die öffentliche Hand dar, die nur in Teilen aus regulären Haushaltsmitteln finanzierbar ist.

Als CDU-Bürgerschaftsfraktion Bremen bekennen wir uns klar zur Schuldenbremse, sei es auf nationaler Ebene oder auch bezüglich der bremischen Besonderheiten, weil es nicht sein kann, dass Lasten auf jüngere Generation abgewälzt werden. Als Haushaltsnotlage-land haben wir auch gegenüber den anderen Bundesländern und dem Bund, die sich nicht zuletzt durch die Sanierungshilfen von 400 Mio. Euro jährlich solidarisch mit uns zeigen, die Verantwortung solide zu haushalten. Schuldenregeln zu umgehen oder scheinbare rechtliche Lücken auszunutzen kann nicht die Lösung sein.

Um die beiden Aspekte der Bewältigung des Klimawandels und der finanziellen Solidität miteinander zu vereinbaren, schlagen wir die Emission einer attraktiven Klima-Anleihe über die Bremer Aufbaubank (BAB) vor, für die das Land Bremen eine Bürgschaft übernimmt. Unsere These ist, dass die wirtschaftlichen Chancen klimafreundlicher Technologien eine Rückzahlung von Investitionen ermöglichen. Auf solche Investitionen, die auch wirtschaftlich sinnvoll sind und unseren Standort langfristig stärken, wollen wir mit unseren Vorschlägen zur Klima-Anleihe den Fokus legen.

„GREEN BONDS“ – DIE KFW ALS VORBILD

Wie die Förderbank des Bundes – die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) – verfügt die BAB über eine Bürgschaft ihrer Gebietskörperschaft, des Landes Bremen, für alle ihre Verbindlichkeiten. Sie hat damit Zugang zu sehr günstigen Kreditkonditionen. Um vor allem Privaten eine Möglichkeit zu geben, in den Klimaschutz zu investieren und so auch die Akzeptanz für entsprechende Maßnahmen zu erhöhen und die Identifikation mit geplanten Klimaprojekten zu fördern, schlagen wir die Emission eines „Green Bonds“ in zwei Tranchen vor.

Die erste Tranche soll der Geldanlage für Privatpersonen dienen. Sie soll eine höhere Verzinsung bieten, als dies angesichts der Kreditwürdigkeit der BAB üblich wäre, bei einer mittleren Laufzeit (< 10 Jahre). Ein Teil des Zinsvorteils der BAB durch die Landesbürgerschaft soll so in diesem Fall den Bürgern des Landes Bremen zugutekommen, die ein exklusives Zeichnungsrecht erhalten. Durch eine kleine Stückelung und eine Höchstanzlagesumme von 100.000 Euro sollen dabei vor allem Bürger mit kleineren Vermögen eine attraktive Anlagemöglichkeit bekommen. Sie erhalten die Anleihe zum Nennwert. Ähnlich einem Bundesschatzbrief oder einem Sparbrief soll eine niedrigschwellige Form gewählt werden, die einen Erwerb auch ohne Wertpapierdepot direkt über eine oder mehrere Partnerbanken ermöglicht. Die BAB kann auf diesem Wege profitieren, indem sie ihre Finanzbasis verbreitert und diversifiziert. Diese Tranche soll der Finanzierung schnell umsetzbarer Maßnahmen mit kurzer Amortisierungsfrist (z.B. PV-Anlagen für die Eigennutzung auf öffentlichen Gebäuden) dienen und kann jeweils flexibel bedarfsweise aufgestockt werden.

In einer zweiten Tranche ohne Höchstanzlagesumme können auch größere institutionelle Investoren, z.B. internationale Banken, zum Zuge kommen. Sie erhalten die Anleihe mit längerer Laufzeit (> 20 Jahre) und einem marktüblichen Agio, dafür jedoch in einer an der Börse handelbaren Form. Größere institutionelle Anleger profitieren so nicht in gleichem Maße von dem überdurchschnittlichen Zinssatz, erhalten aber eine weitere sichere, liquide und attraktive Anlagemöglichkeit im wachsenden Markt der „Green Bonds“. Diese Tranche soll der Finanzierung langlaufender Projekte mit längerer Amortisierungsfrist dienen.

Nach dem Vorbild der KfW soll auch die BAB ein Rahmenwerk verbindlich definierter Kreditprogramme erarbeiten, für die Mittel aus dem „Green Bond“ genutzt werden können. Über eine nachlaufende Berichterstattung weist die BAB nach, dass sie den Nettoerlös der Klima-Anleihe in diejenigen Kreditprogramme investiert hat, die in ihrem Rahmenwerk vorgesehen sind. So ist für jeden zeichnenden Bürger transparent, an welchen Stellen er durch seine Investition ganz konkret den Klimaschutz im Land Bremen vorangebracht hat.

Neben der BAB als Anleiheemittent und Kreditgeber sollen auch die anderen Beteiligungen Bremens in die ganzheitlichen Anstrengungen eingebunden werden, Klimainvestitionen durch die Ausgabe einer Klima-Anleihe voranzubringen. Nachfolgend wollen wir einige Beispiele für mögliche Investitionsprojekte liefern, die durch den „Green Bond“ der BAB finanziert werden können.

BREMISCHE WOHNUNGSBAUGESELLSCHAFTEN EINBINDEN

In einer Sanierungsstrategie für die Immobilien im Land Bremen sollten die Wohnungsgesellschaften STÄWOG, GEWOBA und BREBAU eine zentrale Rolle einnehmen. Sie können, u.a. aufgrund ihrer Organisationsform, schneller und flexibler agieren als staatliche Stellen, die vielfach zusätzliche rechtliche und verfahrensstrukturelle Anforderungen zu erfüllen haben. Während die BREBAU dabei vor allem Bedarfsanalysen für ihre eigenen Bestände durchführen soll bzw. Immobilien Bremen, Seestadt Immobilien sowie weitere nicht von Immobilien Bremen oder Seestadt Immobilien verwaltete öffentliche Gebäude – ggf. durch Projektgesellschaften – bei deren entsprechenden Aufgaben unterstützen kann, sollen STÄWOG und GEWOBA Dienstleister bei den Baumaßnahmen selbst sein.

Die GEWOBA wollen wir, ggf. in einem Joint Venture, zu einem führenden Dienstleister im Bereich nachhaltiges Bauen weiterentwickeln. Die Planung von energetischen Sanierungsmaßnahmen und die Errichtung von Anlagen der erneuerbaren Energien sollen künftig zum zentralen Geschäftsfeld der Gesellschaft werden. In Bremen soll die GEWOBA über günstige Contracting-Modelle für Immobilieneigentümer schnelle Sanierungsmaßnahmen ohne hohen Kapitaleinsatz ermöglichen. Im Fokus stehen dabei insbesondere die „Worst Performing Buildings“, also die Gebäude mit der schlechtesten Leistung. In der Stadtgemeinde Bremerhaven wäre eine entsprechende Weiterentwicklung der STÄWOG denkbar. GEWOBA und STÄWOG sollen ihre Projekte durch günstige Kredite aus den Mitteln der Klima-Anleihe vorfinanzieren.

Das Land und die Stadtgemeinden sollen dabei zu den wichtigsten Kunden der zukünftigen Dienstleister GEWOBA und STÄWOG gehören. Ähnlich wie bei den bisherigen Modellprojekten im Bereich der Schulen sollen die Immobilienverwaltungen in Bremen und Bremerhaven für Einzelobjekte oder für mehrere Objekte als Bündel aus dem eigenen Bestand Ausschreibungen z.B. für energetische Sanierungen, die Beschaffung von LED-Beleuchtung sowie die Errichtung von PV-Anlagen zeitnah vorbereiten.

Zur Beschleunigung dieser internen Planungen sollen für die Immobilien der Stadtgemeinde Bremen die Analyse der Gebäudedaten und die Erstellung der Ausschreibungen an die BREBAU oder an eine eigene städtische Projektgesellschaft mit Minderheitsbeteiligung der BREBAU ausgegliedert und dort konzentriert werden. Dabei sollen die Voraussetzungen des § 108 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) erfüllt werden, um die Gebäudeanalysen als Dienstleistung für die Verwaltung ohne Zwischenschaltung eines weiteren Vergabeverfahrens durchführen zu können (Inhouse-Vergabe).

Die zusätzlichen Mittel zur Beschleunigung der Ausschreibungen sollen durch Einsparungen gegenfinanziert werden, die durch ein einfacheres Grundsteuermodell im Land Bremen mit weniger Verwaltungsaufwand entstehen. Das niedersächsische Flächen-Lage-Modell ist unbürokratischer und bindet weniger Personal. Auch in der Stadtgemeinde Bremerhaven werden durch das alternative Grundsteuermodell Mittel frei, die zur beschleunigten Vorbereitung energetischer Sanierungsmaßnahmen genutzt werden können. Bremerhaven kann damit z.B. eine Stellenaufstockung bei Seestadt Immobilien finanzieren oder einen Weg über eine unterstützende Projektgesellschaft ähnlich wie die Stadtgemeinde Bremen gehen.

Die GEWOBA wird sich an den Ausschreibungen zur energetischen Sanierung in Bremen beteiligen und regelmäßig entweder den Zuschlag erhalten oder durch einen günstigeren Wettbewerber unterboten werden. In jedem Fall wird es so für jedes Maßnahmenbündel mindestens ein Angebot geben und durch das günstige (aber marktgerechte) Angebot der GEWOBA werden Preisexzesse eingefangen, private Initiative bei noch besseren Angeboten aber nicht ausgeschlossen. Die GEWOBA und auch ihre Wettbewerber können ihre Projekte zu günstigen Konditionen aus Mitteln der Klima-Anleihe der BAB vorfinanzieren und anschließend aus den Erträgen des Contracting-Vertrags (Energieeinsparungen bzw. Kostenvorteilen für erneuerbare Energien) zurückzahlen. Für den Staat ergeben sich keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen, da der Contracting-Nehmer alle Maßnahmen selbst vorfinanziert und durchführt sowie anschließend über einen bestimmten Zeitraum deren Erträge erhält. Nach Ablauf des Contracting-Vertrags profitiert der Staat unmittelbar von den weiter fortwirkenden Einsparungen und Kostenvorteilen.

Die BREBAU, die GEWOBA und die STÄWOG sollen ebenso wie andere Wohnungsbau-gesellschaften durch günstige und vor allem lange laufende Vorfinanzierungen aus der Klima-Anleihe dazu befähigt werden, die eigenen Wohnungsbestände energetisch zu sanieren sowie den Neubau nach den höchsten Energieeffizienzstandards durchzuführen, ohne dies durch abrupte Mietsteigerungen kompensieren zu müssen. Vielmehr können Rückzahlungen flexibel und auch über Jahrzehnte realisiert werden. Die BREBAU soll als Alternative zu eigener Realisierung stets Contracting-Angebote der GEWOBA prüfen.

Die BAB soll neben günstigen Finanzierungslösungen auch ihre Beratungen zu Fördermöglichkeiten insbesondere aus KfW-Programmen für Kommunen ausbauen, welche bislang vor allem von der Stadtgemeinde Bremen für ihre eigenen Immobilien noch nicht umfassend genutzt werden. Die Förderungen werden die baulichen Maßnahmen insgesamt auch finanziell überaus attraktiv machen werden.

SICHERHEIT UND INNOVATIONEN FÜR DIE ENERGIE-/WÄRMEWENDE

Der Ausbau der Wärmenetze im Land Bremen verspricht, eine gigantische Herausforderung zu werden – jedoch auch mit einem besonders hohen Potenzial zur Einsparung von Treibhausgasen. Neben einer Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren ist bei der Realisierung auch eine verlässliche und langjährige Finanzierung unerlässlich, die trotz Risiken z.B. bezüglich Planungsunsicherheiten bei der konkreten Auslastung bzw. Nachfrage günstige Konditionen bietet. Wir wollen die Klima-Anleihe der BAB auch nutzen, um hier die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen. Flexible Finanzierungen, die eine Refinanzierung über Jahrzehnte ermöglichen, geben regionalen Energieversorgern einen Anreiz, sich für einen Ausbau von Wärmenetzen zu entscheiden. Auch ein Umbau der MHKW der Bremer Entsorgungsbetriebe im Rahmen der Wärmewende kann durch Mittel aus der Klima-Anleihe unterstützt werden.

Der Umbau des Bremer Stahlwerks auf eine klimaneutrale Produktionsweise nimmt einen zentralen Platz in den Empfehlungen der Klima-Enquetekommission ein. Wir wollen den Bau der dazu notwendigen Netze aus den Mitteln der Klima-Anleihe vorfinanzieren. Der Netzbetreiber tritt der BAB im Gegenzug die Netzentgelte ab, welche die Investition mittelfristig refinanzieren.

Der Ausbau Erneuerbarer Energien ist weiterhin eines der wichtigsten Projekte beim Klimaschutz. Die BAB soll Energieversorgern und Projektentwicklern durch Mittel aus der Klima-Anleihe attraktive Finanzierungslösungen bieten und sich als starker Partner für private Initiativen zur Realisierung von Bürgerwindparks oder Bürger-PV-Anlagen positionieren. Auch direkte Beteiligungen der BAB an Projekten auf staatlichen Flächen sollen das Portfolio ergänzen. Finanzierung und Beratung sollen aus einer Hand angeboten werden, um Zugangsschwellen für Private zu verringern.

Dabei sollen auch innovative Konzepte erarbeitet und finanziert werden wie z.B. die Nutzung von Stromüberschüssen für das Schürfen von Kryptowährungen, die in einer Übergangszeit eine bessere Auslastung und damit auch Wirtschaftlichkeit von Anlagen mit starken Schwankungen wie Windkraft und PV ermöglichen.

Zusätzliche Fördermöglichkeiten von Bundes- und EU-Ebene müssen konsequent erworben werden. Die BAB soll auch hier beratend tätig werden und die Unternehmen so dabei unterstützen, zusätzliche Wirtschaftlichkeitspotenziale zu heben.

VERKEHRSWENDE BESCHLEUNIGEN

Gerade im Verkehrsbereich bieten klimafreundliche Technologien große wirtschaftliche Chancen, sind aber gleichzeitig mit erheblichen Unwägbarkeiten bezüglich des künftigen Konsumentenverhaltens verbunden. Technologieoffenheit ist ein wichtiger Aspekt innovativer Verkehrspolitik, führt jedoch vor allem in investitionsintensiven Bereichen zu hohen Risiken für Anbieter. Hier soll die BAB ansetzen und mit Mitteln aus der Klima-Anleihe langfristige und flexible Finanzierungslösungen anbieten, die eben keine Amortisierung innerhalb weniger Jahre zwingend notwendig machen. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos, der Aufbau einer Infrastruktur für den Import von Wasserstoffderivaten als alternativen Treibstoffen und der Umbau der Hafeninfrastruktur auf Angebote für Schiffe mit erneuerbaren Antrieben könnten so beispielsweise verlässlich geplant werden.

Die öffentlichen Verkehrsgesellschaften BSAG und BremerhavenBus spielen eine herausragende Rolle bei der Verwirklichung der Verkehrswende im Land Bremen. Sie bieten eine Alternative zum Individualverkehr und sollen hinreichend attraktiv sein, um möglichst vielen Bürgern einen Umstieg zu ermöglichen. Zur langfristigen Finanzierung z.B. von klimafreundlichen Antrieben und der dazugehörigen Infrastruktur soll die BAB die BSAG und BremerhavenBus jeweils zu Fördermöglichkeiten z.B. des Bundes und der KfW beraten.